

Provocabo 2

*Streitbare Texte zu
gesellschaftlichen,
politischen und
wirtschaftlichen
Fragen der Zeit*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Der Neokapitalismus wird sich für die Menschheit nur schmerzhaft überdauern...	9
Wenn Unternehmen nicht hören wollen, müssen sie fühlen...	11
Kapitulation vor den Reichen!	14
Das ist kein Streik, das ist Erpressung!	17
Ich lasse mich vom Wahl-O-Mat nicht zum NPDler machen...	19
Wollen wir sie alle aufgeben?	22
Areligiosität ist ein Ausdruck des menschlichen Mängelwesens...	26
Schonungslose Selbstoffenbarung	30
Politische Unverfrorenheit	35

Wir müssen Menschen entfesseln, nicht die Wirtschaft!	38
Weg mit den Pauschalisierungen!	43
Lasst die Religion das Opium sein!	46
Neuzeitliche Ungeduld	48
Jetzt hilft nur noch Selbstzerstörung!	51
Klimatische Erweckungsbewegung	54
Verhöhnung von Impfgeschädigten!	58
Gescheiterte Oktroyierung	61
Glauben die das wirklich?	64
Der Protest wird grotesk!	68
Mein Gott, mein Gott, warum hast du die Kirche verlassen?	71
Politikstil? Angstmacherei	78

Gegen den Mainstream – aber ohne „ungarische Verhältnisse“...	82
Genugtuung kann nicht Ziel des Rechtsstaates sein!	88
Beim Namen nennen...	95
Das ganze Leben ist ein „Zoom“...	98
Bibliografische Angaben	104

Vorwort

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

in der ersten Ausgabe meines Buches „Provocabo“ habe ich bereits eine Vielzahl von Leserbriefen, Kommentaren und Meinungsbeiträgen zu unterschiedlichen Themen des gesellschaftlichen, politischen und sozialen Lebens veröffentlicht.

Heute nun möchte ich das damalige Werk um eine weitere Sammlung von Artikeln aus der gegenwärtigen Zeit ergänzen und habe wiederum Texte aus meiner Feder ausgewählt, die durchaus polarisieren können und die Diskussion anstoßen sollen.

Kommen Sie also gerne per Mail mit mir in Kontakt darüber: Riehle@Riehle-Dennis.de.

Viel Freude bei der Lektüre!

Herzliche Grüße
Dennis Riehle

Der Neokapitalismus wird sich für die Menschheit nur schmerzhaft überdauern...

Zu Klimastreik und Kapitalismus:

Die menschengemachten Ideologien wie der Kapitalismus sind nicht per se unnötig. Denn Weltanschauungen geben Orientierung und Halt, welcher das instinktlose Wesen zum Überleben zwingend bedarf. Sie werden allerdings dann zum Problem, wenn sie radikalisiert und verabsolutiert werden. So wird eine anfänglich nützlich erscheinende Wirtschaftsform zu einer Diktatur, wenn sich ihr Sinngehalt ins Gegenteil verdreht.

Das ist sowohl bei der neokapitalistischen, allerdings auch bei der realsozialistischen Denkweise geschehen. Wenn das Produkt menschlichen Denkens und Handelns letzteres zu beherrschen beginnt, droht die praktische Umsetzung einer Geisteshaltung zu entarten. Aufgrund ihrer begrenzten Vernunft scheint es unserer Spezies wohl nicht möglich, das Trügerische eines Ideals rechtzeitig zu erkennen.

Viel eher hat die Geschichte gezeigt, dass transhumanistische Überzeugungen schon immer dagewesen sind – und je nach Epoche dazu beitrugen, dass der Mensch einer Vision nacheiferte, die sich für ihn nicht selten zu spät als gefährliche Illusion entpuppte. Wir scheinen dahingehend wenig lernfähig, denn der Neokapitalismus ist ein neues Beispiel dafür, dass nicht einmal die Brutalität einer Gesinnung die Gier nach Selbstverwirklichung stoppen kann.

Insofern vermag man zu prognostizieren, dass auch er nur durch die schmerzhafteste Erfahrung von eigenzerstörerischen Tendenzen überholt werden kann. Erst, wenn Demut und Bescheidenheit den Drang nach unlimitierter, rücksichtsloser und libertärer Persönlichkeitsentfaltung überwunden haben, dürfte das Neokapitalistische demaskiert worden sein.

Wenn Unternehmen nicht hören wollen, müssen sie fühlen...

Zum Volksentscheid über Enteignungen:

Auch wenn der Berliner Volksentscheid für die Politik nicht bindend ist, ermahnt er den kommenden Senat zum dringenden Handeln.

Dass sich die Mehrheit der abstimmenden Wählerschaft für die Enteignung großer Wohnungsunternehmen ausgesprochen hat, zeigt deutlich, wonach die Menschen einen massiven Eingriff in die Gier der Konzerne wünschen. Diesem Anspruch muss die Stadtregierung gerecht werden, wenngleich die Vergemeinschaftung von Betrieben allerletztes Mittel sein sollte. Nein, die Bürger haben sich nicht für den Sozialismus entschieden, sondern Legislative und Exekutive dazu angehalten, die bereits im Artikel 15 des Grundgesetzes vorgesehene Möglichkeit zur Verstaatlichung von Firmen konsequent anzuwenden.

Entscheidend ist, dass sich die Mehrheit des Wahlvolkes damit also nicht – wie fälschlicherweise oft behauptet – für eine Änderung der bundesrepublikanischen Verfassung eingesetzt hat, sondern lediglich die stringente Anwendung geltenden Rechts reklamiert. Die Ausschöpfung aller dem Gesetzgeber und der Verwaltung auch durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zugestandenen Optionen der Vergesellschaftung als Ultima Ratio ist nun eine durch den Souverän unterstützte Maßgabe, welche sich auch hinreichend begründen lässt: Sofern es die Marktwirtschaft nicht mehr vermag, angemessene Preise für die existenzielle Daseinsvorsorge des Wohnens zu regeln, ist aus übergeordneten Zwecken eine Intervention durch die Politik im Sinne des Allgemeinwohls völlig vertretbar. Entsprechend sollte sich die wohl neue Regierende Bürgermeisterin nicht von neoliberalen Unkenrufen beeindrucken lassen und das Votum aus dem Volksentscheid ernstnehmen.

Ausreden zählen nicht mehr, denn die bislang angeführten Lösungsvorschläge haben keinerlei Wirkung gezeigt, weshalb sich drastischere Einschnitte allemal rechtfertigen lassen. Ohnehin: Während die Bevölkerungszahl in der Stadt eher stagniert, fehlt offenbar ständig neuer Wohnraum. Natürlich sind Veränderungen in den Lebensgewohnheiten mitverantwortlich dafür, dass durch die Zunahme von Single-Haushalten immer mehr Wohnungen benötigt werden. Gleichsam kann das Konzept deshalb nicht lauten, allein auf immer mehr Umweltversiegelungen und Neubauten zu setzen.

Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, wonach die Preisentwicklung nicht nur auf einem Mangel beruht, sondern spekulationsartig in die Höhe getrieben wird. Daher kommt Franziska Giffey keinesfalls umhin, ihre bislang sehr zurückhaltenden Äußerungen zu überdenken und den grünen und vor allem linken Forderungen nach Entmachtung monopolistischer Strukturen zu folgen.

Kapitulation vor den Reichen!

Zur Haltung des baden-württembergischen Finanzministers gegenüber einer Vermögensteuer:

Der sich noch recht neu im Amt befindliche Finanzminister Baden-Württembergs hat bereits für mächtig Wirbel gesorgt – unter anderem mit dem von ihm unterstützten und verantworteten Meldeportal für Steuersünder.

Doch auch im Wahlkampf machte der Politiker nun von sich reden: Auch wenn seine Partei, Bündnis 90/Die Grünen, in ihrem Programm die Wiedereinführung einer Vermögensteuer vorsehe, sei er skeptisch.

Besonders entlarvend ist aber die Begründung, die Bayaz anbringt: Man könne es den Finanzbehörden nicht zumuten, nun auch noch „Oldtimer zu zählen“ und „Picassos zu bewerten“.

Selten habe ich eine derart dreiste und plumpe Verweigerung des Staates gesehen, wohlhabende Menschen in diesem Land in ihre solidarische Verantwortung zu nehmen.

Das ist eine Kapitulation vor den Reichen und offenbart, wie Teile der „Grünen“ meilenweit ins neoliberale Lager hineinreichen.

Auch befürchtet der Minister, dass gerade inhabergeführte Firmen durch eine Vermögensteuer in der Substanz ihres Unternehmens geschädigt werden könnten.

Gleichsam diese Sorge ist ein Armutszeugnis: Denn auch wenn ein Betrieb in der Hand seines Eigentümers liegt, entbindet dies letzteren nicht von der Verpflichtung, unangemessen hohes Kapital anzusammeln, das letztlich weitgehend unversteuert bleibt.

Das vermeintliche Sichern der Liquidität und Innovationsfähigkeit eines Gewerbes ist eine Schutzbehauptung:

Hat sich bei einem Geschäftsinhaber derart viel Vermögen aufgetürmt, dass die aus dem linken Politikspektrum geforderte Finanzabgabe greift, kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass es in der positivsten Annahme zur Reinvestition in den unternehmerischen Kreislauf gesteckt wird, sondern als Privatkapital gedacht ist, welches nicht vor dem Zugriff des Staates bewahrt bleiben darf.

Wenn Bayaz offenbar zu wenige Kapazitäten für die Eintreibung einer Vermögenssteuer in seiner Finanzverwaltung sieht, sollte er sich kümmern, eine personelle Aufstockung dergleichen vorzunehmen, anstatt die Reichen von ihrer Verpflichtung zur Gerechtigkeit entbinden zu wollen. Dem Politiker wäre andernfalls anzuraten, vielleicht einmal bei der FDP um Mitgliedschaft anzuklopfen.

Das ist kein Streik, das ist Erpressung!

Zum Hungerstreik von Klimaaktivisten:

Weil Olaf Scholz Gespräche nach der Bundestagswahl zugesichert hat, haben die Hungerstreikenden in Berlin ihre Aktion abgebrochen, nachdem sie teils zuletzt auch keine Flüssigkeit mehr aufnehmen wollen. Wenngleich der Spuk vorübersein mag, muss eine solche Form der Demonstration für den Klimaschutz Konsequenzen mit sich bringen. Natürlich kann jeder in Deutschland „streiken“, wenngleich diese Maßnahme eigentlich für den Arbeitskampf vorgesehen ist – nicht aber, um politische Forderungen durchzusetzen. Denn wo kommen wir hin, wenn künftig jeder Bürger seine Unzufriedenheit über die Regierung mit einer Essensverweigerung Ausdruck verleiht! Solche doch noch sehr unreif wirkende Proteste müssen im Zweifel mit abschreckenden Folgen geahndet werden: Denn wer Selbstgefährdung vornimmt, wird in Deutschland regelhaft und obligatorisch einer psychiatrischen Behandlung zugeführt.

Dies könnte auch manch einen jener Jugendlichen zur Vernunft bringen, die es kindsköpfig ausprobieren, ihre Wünsche durchzusetzen. Doch so funktioniert Demokratie nicht. Unser Miteinander darf sich nicht von denen nötigen lassen, die auf ihre Überzeugungen einen absoluten Wahrheitsanspruch erheben. Denn das, was die letzten Wochen in Berlin passiert ist, war kein Hungerstreik – sondern der Versuch, den Staat moralisch zu erpressen. Es ist unbestritten: Wir dürfen in unserem Land auf die Straße gehen, um für unsere Forderungen einzutreten. Gleichermäßen müssen Legislative, Exekutive und Judikative dort eine Grenze ziehen, wo sich Menschen selbst in Geiselnhaft nehmen, um von den repräsentativen Vertretern des Souveräns Entscheidungen erzwingen zu wollen. Es kann nicht sein, dass sich der Dickschädel einer Generation durch existenziellen Nachdruck Bahn zu brechen vermag. Eine Gesellschaft darf nicht anfällig werden für das Stellen von Bedingungen. Der Rechtsstaat beschränkt Freiheiten – und sollte es auch hier tun.

Ich lasse mich vom Wahl-O-Mat
nicht zum NPDler machen...

Zum Wahl-O-Mat vor der Bundestagswahl:

Es ist zweifelsohne sinnvoll, die politische Bildung in Deutschland auch dadurch zu fördern, dass wir mit Information über Programme, Orientierungsmöglichkeiten über die Parteien und Entscheidungshilfen über das Kreuz auf dem Stimmzettel zu einer Mobilisierung von Wählern beitragen. Doch nicht zum ersten Mal ist der sogenannte „Wahl-o-mat“ in die Kritik geraten.

Kann man mit 30 – 40 Fragen tatsächlich herausfinden, mit welcher politischen Kraft ein Nutzer des Angebots die größtmöglichen inhaltlichen Übereinstimmungen hat?

Zweifelsohne: Damit dieses interaktive Tool verwendet wird, muss es bedienerfreundlich sein. Da können nicht hunderte Positionen abgefragt werden, die eigentlich notwendig wären, um eine umfassende Vergleichsgrundlage zu schaffen.

Unbestritten ist auch, dass man sich insofern in der „Wahl-o-mat“-Redaktion auf Thesen fokussieren muss, in denen sich die Parteien am stärksten unterscheiden, weil es nur so möglich ist, dem Benutzer ein abgestuftes Bild über die potenzielle Verbundenheit zu einzelnen politischen Richtungen zu liefern. Hierdurch erfolgt allerdings eine thematische Polarisierung, wesentliche Komplexe bleiben unbeachtet, weil sie nicht hinreichend der Differenzierung dienen.

Ich war überrascht, als mich die Anwendung nach der aktuellen Nutzung zur Bundestagswahl in den oberen Ergebnissen der NPD nahe sah. Als diametral dieser Partei entgegenstehender Mensch ist es fast eine Zumutung, sich solch einem Resultat ausgesetzt zu sehen. Immerhin macht es aber auch deutlich: Seine Aussagekraft tendiert gegen null. Es irritiert vielmehr, anstatt zu orientieren. Trotz mannigfaltiger Hinweise, wonach der „Wahl-o-mat“ keine Wahlempfehlung abgeben will, wird er von vielen Nutzern als solche verstanden.

Man muss sich fragen, ob wir solche Angebote tatsächlich benötigen, die automatisierte Ergebnisse ausspucken und beispielsweise keinerlei Rücksicht auf die grundlegende politische Ausrichtung des Anwenders nehmen. Denn nur so lässt sich erklären, weshalb bürgerlich orientierte User plötzlich links sind – und Sozialdemokraten laut „Wahl-o-mat“ angeblich mit den Haltungen der AfD sympathisieren. Es mag ein netter Versuch hinter dem Projekt stehen, dem Wähler in einer immer komplexer werdenden Vielfalt an politischen Aussagen Entscheidungshilfe zu bieten. Doch das Tool scheint offenbar zu verwirren und Empörung zu stiften, trägt also wenig zum politischen Frieden bei. Insofern muss die Frage erlaubt sein, ob das Angebot auch künftig in seiner jetzigen Form aufgelegt werden soll – oder ob wir es dem Wähler nicht doch wieder „zumuten“ dürfen, wie „in alten Zeiten“ Parteiprogramme manuell zu vergleichen und auf seine Souveränität zu setzen, das Wahlkreuz ohne Online-Unterstützung an der für ihn tatsächlich stimmigsten Stelle zu positionieren.

Wollen wir sie alle aufgeben?

Zum Umgang mit „Querdenkern“ und Co. im Vorfeld der Bundestagswahl 2021:

Armin Laschet wurde vorgeworfen, dass er als CDU-Spitzenkandidat bei einem öffentlichen Auftritt einen auf die Bühne stürmenden „Querdenker“ gewähren ließ und mit ihm das Gespräch suchte.

Vielerorts hörte man anschließend den Vorwurf: „Mit solchen Leuten spricht man nicht!“. Unbestritten: Es darf nicht der Anschein entstehen, wonach wir extreme Positionen tolerieren würden – zumal dann nicht, wenn sie als Grundlage für gewalttätige Übergriffe dienen oder den Rechtsstaat in Frage stellen. Gleichermaßen will ich aber entgegenen: Wollen wir jeden, der Zweifel am menschengemachten Klimawandel hat, der sich um die möglichen Folgen einer Corona-Impfung sorgt oder schlichtweg Probleme mit dem Mainstream von heute hat, in eine Ecke schieben und ihn sozial isolieren?

Durch solch eine Ausgrenzung fördern wir weitere Radikalisierung und gehen das Risiko ein, dass sich ganze Gesellschaftsgruppen zurückziehen und unter der Oberfläche ihre Verschwörungstheorien immer weiter vorantreiben – bis es zuletzt zum Ausbruch von Aggression gegen den Staat, die Institutionen und die restliche Bevölkerung kommt.

Demokratie muss mehr aushalten können, als es der Zeitgeist vorgibt. Sollen wir alle, die nicht der Mehrheitsmeinung anhängen, als verlorene Söhne und Töchter aufgeben und sie als „Wutbürger“ brandmarken?

Natürlich müssen wir unterscheiden: Es gibt Grenzen des Hinnehmbaren – überall dort, wo geltende Gesetze verletzt werden. Hier braucht es den wehrhaften Staat – und eine mutige Zivilcourage, denn solche Auswüchse dürfen wir nicht akzeptieren.

Allerdings neigt unser Miteinander dazu, dieses Limit immer weiter zu verschieben und es nahezu täglich neu zu definieren.

Es obliegt weder Luisa Neubauer, noch Karl Lauterbach oder dem Bundespräsidenten, den Wahrheitsanspruch über das gesellschaftlich Zulässige zu erheben. Manches Mal steigt in mir der Eindruck empor, als würden wir heutzutage viel öfter als früher dazu neigen, Menschen mit abweichenden Ansichten zu kategorisieren und abzustempeln. Dass es sich bei ihnen weder um „Abschaum“, noch um „Asoziale“ oder „Hinterwäldler“ handelt, macht uns bereits Artikel 1 des Grundgesetzes deutlich. Auch die Würde jener Personen, die mit unserer Verfassung nur schwer vereinbare Haltungen vertreten, ist unantastbar.

Wie gesagt: Wir müssen ihre Überzeugungen nicht teilen. Unser aufgeklärtes Dasein der Vernunft verbittet uns aber, sie als Individuen aus dem zivilgesellschaftlichen Miteinander auszuschließen. Freiheitswerte können eine Zumutung sein, weshalb es oftmals unerträglich erscheint, aus der Sozialisation und Kultivierung entglittene Sichtweisen ertragen zu müssen.

Doch das gehört zu unserer offenherzigen Staatsordnung dazu: Integration auch derjenigen, die abzurutschen drohen. Denn nur so kann es uns allenfalls gelingen, durch Edukation, Argumentation und Identifikation zu unserem verbindlichen Normenkatalog Mitmenschen in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung, davor können sich auch die nicht entziehen, die aktuell meinen, die Weisheit gepachtet zu haben.

Areligiosität ist ein Ausdruck des menschlichen Mängelwesens...

Zur Umfrage über die Religiosität der Deutschen und ihren Glauben:

Die Menschen scheinen immer seltener gläubig zu sein. Das könnte man zumindest aus der aktuellen Umfrage ablesen, die die Deutschen nach ihrer Beziehung zur Religion fragt. Demnach ist sie für eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung kaum von Bedeutung.

Doch stimmt dieser oberflächliche Blick tatsächlich? Bedauerlicherweise scheint das Interesse, orientiert man sich am urtypischen Verständnis von einer Religion, tatsächlich rückläufig zu sein.

Viele Menschen setzen allerdings auch Religion mit Kirche gleich – und gerade die katholischen Bischöfe haben dieser Tage wiederum viele Gründe dafür geliefert, weshalb man sich von ihr abwenden kann.

Gleichsam ist der Gottesglaube oftmals zwingend mit seiner christlichen Definition assoziiert, die zweifelsohne für viele Menschen immer schwieriger zu begreifen ist – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die oftmals einseitige Vermittlung eines allmächtigen Gottesbildes von den Kanzeln nur die halbe Wahrheit widerspiegelt und zwangsläufig Enttäuschungen hervorrufen muss, wenn wir die Ungerechtigkeit in der Welt ansehen.

Ebenso betrübt mich aber auch eine Entwicklung, die in unserer aufgeklärten, sozialisierten Gesellschaft zunehmend um sich greift.

Legt man die Begrifflichkeit der „Religion“ weit aus, so erleben wir in der Moderne einen überschießenden Pluralismus an Weltanschauungen, die religiösen Charakter besitzen können:

Was anfangs noch der Fußball war, sind später esoterische Werte gewesen, heute ist es der Klimaschutz.

Wir erheben Ideologien, Visionen und Phantasien zu einem Gegenstand der Anbetung und Nachfolge – und das nicht zuletzt deshalb, weil auch der Mensch immer häufiger dazu neigt, sich gottgleich zu geben.

Religion im eigentlichen Sinne ist wohl tatsächlich für immer weniger Menschen in der westlichen Welt von Belang, weil sie Greifbares dem Transzendenten vorziehen.

Wir verdrängen damit unseren begrenzten Verstand und unsere Endlichkeit, schon anthropologisch gesehen ist es dem in seiner limitierten Vernunft geschaffenen Menschen kaum möglich, tatsächlich zu „glauben“.

Das Aushalten von Zweifeln, Skepsis und Unerklärlichkeit gehört nicht zu seinen Fähigkeiten, er bedarf Sicherheit und Wahrheit – die Religion aber bewusst und Gott sei Dank solange nicht geben kann, wie ihr ein Absolutheitsanspruch oder eine Radikalisierung durch den Menschen fehlt.

Religion setzt einen Glauben voraus, in dem Vertrauen, Hoffnung und Zuversicht eine Rolle spielen, nicht aber Gewissheit, Tatsächlichkeit oder Immanenz. Wäre es anders, würde sie ad absurdum geführt. Insofern muss man wohl attestieren: Schlussendlich nimmt die Religionszugehörigkeit bei uns ab, weil vielen Menschen die – richtigerweise nicht zu erbringenden – Beweise für ein theistisches Wirken eines Gottes fehlen. Letztendlich ist dies aber nur Ausdruck von transhumanistischen Tendenzen in unseren Breiten, die den Glauben an das Jenseitige durch eine Bevorzugung des Diesseitigen ersetzen. Wir sollten also nicht gegen die Areligiosität ankämpfen, sondern auf einen gesellschaftlichen Wandel hinarbeiten, der den Individualismus bändigt, die Selbstherrlichkeit unserer Spezies dämmt, Demut und Hingabe lehrt – und nicht zuletzt Entschleunigung übt, um das immer schneller werdende Eifern nach einer trügerischen und unerreichbaren Vollkommenheit des Menschen zu stoppen.

Schonungslose Selbstoffenbarung

Zum Abschneiden der LINKEN bei der Bundestagswahl 2021:

Sowohl im Bund, aber auch bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin und bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern: DIE LINKE ist der große Verlierer des 26. September 2021. Es war angesichts der nahezu existenziellen Verluste ein Stück weit irritierend, dass sowohl Spitzenkandidat Dietmar Bartsch, aber auch Co-Vorsitzende Hennig-Wellsow die Tragweite der Zahlen in den Interviews offenbar dadurch zu relativieren versuchten, dass sie keine konkrete Aussage über die Gründe für die Misere treffen wollten, auf das amtliche Endergebnis verwiesen und so taten, als wäre all das nur ein Ausrutscher gewesen.

Dabei konnte man – mit Ausnahme von Thüringen – in der jüngeren Vergangenheit keinerlei erkennbaren Gewinn an Wählerzustimmung mehr verzeichnen.

Letztlich wäre es ohnehin egal gewesen, ob DIE LINKE nochmals in den Bundestag einzieht oder nicht: Der Absturz ging derart in Mark und Bein, dass eine schonungslose Aufarbeitung unbedingt notwendig ist.

Schon kurz nach dem Feststehen vorläufiger Resultate kann attestiert werden: Es sind wohl drei wesentliche Komplexe, weshalb die Partei derart abgestraft wurde. Der interne Streit und der teils respektlose Umgang zwischen Mitgliedern und Funktionären untereinander, der teils auch in die Öffentlichkeit ragte. Eine schwankende Position in nahezu allen außen- und verteidigungspolitischen Fragen, welche zumindest partiell und verständlicherweise den Eindruck einer weiterhin bestehenden Regierungsunfähigkeit und -unwilligkeit erwecken konnte. Und die ausgebliebene Reaktion auf die „Rote-Socken“-Kampagne der politischen Mitbewerber, von der man ausgehen musste, dass sie in der Bundesrepublik mit mehr als 30 Jahren Abstand zur DDR verfangen dürfte.

Tatsächlich steht DIE LINKE vor einer gigantischen Aufgabe: Sie muss erklären, wofür sie überhaupt noch gebraucht wird. Das mag hart klingen, ist aber angesichts des desaströsen Wahlabends eine unerlässliche Herausforderung.

Denn die klassischen Forderungen, die die Linkspartei bisher weitgehend für sich beanspruchen konnte, werden mittlerweile auch von anderen politischen Kräften erhoben: Die „Grünen“ möchten „Hartz IV“ abschaffen, eine kräftige Mindestlohnerhöhung will auch die SPD und selbst eine Mindestsicherung und eine Vermögensteuer sind für das Mitte-Links-Spektrum kein Tabu mehr. Daher muss die DIE LINKE in den kommenden vier Jahren daran arbeiten, neue Postulate zu erarbeiten, die als Alleinstellungsmerkmale herhalten können.

Die Wahltagbefragung ließ deutlich erkennen: In keinem der angestammten Themengebiete konnte die Partei den Wähler nunmehr nennenswert überzeugen.

Das mag vermuten lassen, dass Sahra Wagenknecht mit manch ihrer Kritik richtig liegt und sich DIE LINKE zuletzt zunehmend auf einen „Lifestyle“-Sozialismus konzentrierte, statt auf die mannigfaltigen Gerechtigkeitsprobleme im Land – die für die Wahlentscheidung des Souveräns übrigens eine maßgebliche Rolle gespielt haben – mit Lösungen zu antworten, die beim Stimmvolk keine Angst hinterlassen. Zweifelsohne muss man fragen: Will DIE LINKE unbedingt an ihren ideologischen Grundsätzen festhalten – oder ist sie bereit, Konzepte für die Zukunft anzubieten, die weniger okkupierend wahrgenommen werden als beispielsweise die Androhung von Enteignungen, Klimaschutzbedingte Verbote oder die Sehnsucht nach einem vollständigen Systemumbruch in der Wirtschaft. DIE LINKE blieb im Wahlkampf vielfach Erklärungen schuldig, wie ihre Ziele finanziert werden sollen und wie man angesichts der massiven Eingriffe in Gesellschaft und Ökonomie Wohlstand erhalten möchte.

Nein, man muss sich sicher nicht von seinem Fundament verabschieden, aber dennoch darüber nachdenken, inwiefern es gelingen kann, geistige Absolutismen in alltagspraktische Aussagen für eine freiheitliche Demokratie des 21. Jahrhunderts umzumünzen.

Ich halte wenig von personellen Konsequenzen, denn sie würden den ohnehin geringen Zusammenhalt in der Partei weiter schwächen. Stattdessen muss sich die komplette Mitgliedschaft der unverblühten Selbstoffenbarung hingeben, um zu einer Entscheidung zu kommen:

Will DIE LINKE eine Weltanschauungsgemeinschaft ohne Machtanspruch bleiben – oder vermag sie sich zu einer gestaltenden und verlässlichen Kraft fortentwickeln?

Politische Unverfrorenheit

Zum Wahlausgang für die CDU:

Armin Laschet hat viele Fehler gemacht. Doch während man ihm seinen Lacher während der Flut ebenso wie sein falsches Falten des Wahlzettels verzeihen kann, ist seine politische Unverfrorenheit nach der Bundestagswahl unentschuldigbar. Wenngleich es in Deutschland verfassungsrechtlich möglich ist und in der Praxis bereits umgesetzt wurde, wonach auch ein Zweitplatzierter Kanzler wird, gehört es zum Anstand und zur Selbstkritik, die Aussage des Wahlergebnisses unvoreingenommen zu interpretieren. Die Union hat es sich bereits im Wahlkampf herausgenommen, den angeblichen Wählerwillen zu kennen. Und die Selbstherrlichkeit ihres Kandidaten nach Verkündung der ersten Hochrechnungen macht klar: Laschet darf schon deshalb nicht Kanzler werden, weil er seinen eigenen Anspruch über den Wunsch des Souveräns stellt. Denn letzterer hat deutlich gezeigt:

CDU und CSU sollen nach 16 Jahren Angela Merkel in die Opposition. Woher die Fantasie des Christdemokraten rührt, dass ein Jamaika-Bündnis eine „Zukunftscoalition“ sei und dass die Menschen an der Wahlurne der Union den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt haben, bleibt – wie andere Verhaltensweisen Laschets – ein Rätsel.

Letztlich hat der sozialdemokratische Kandidat Scholz recht: Die SPD-Balken gingen nach oben, die von der Union nach unten. So einfach ist die Aussage des Wahlergebnisses zusammenzufassen. Während Rot-Grün-Rot rechnerisch nicht möglich und damit ganz offenkundig von der Bevölkerung nicht gewollt ist, ist eine Koalition aus Schwarz-Gelb-Grün politisch nicht gewünscht. Ein Kandidat, dem der Respekt vor der demokratischen Entscheidung des Volkes fehlt, darf dieses Land nicht führen. Schlussendlich obliegt es nun „Bündnis 90/Die Grünen“, diesen Umstand Armin Laschet unmissverständlich deutlich zu machen.

Eine grüne Beteiligung an einer Regierung unter seiner Führung wäre purer Verrat an der eigenen Wählerschaft. Insofern müssen Baerbock und Habeck ihrer staatstragenden Verantwortung gerecht werden und etwaige Avancen der Union eindeutig zurückweisen. Laschet ist nicht nur ein schlechter Verlierer, er ist auch von sich selbst verblendet.

Wir müssen Menschen entfesseln,
nicht die Wirtschaft!

Zum Wahlkampfthema „Wirtschaft“ und die unterschiedlichen Positionen zwischen bürgerlicher und sozialistischer Weltsicht:

Im zu Ende gegangenen Bundestagswahlkampf war das Thema der Wirtschaft immer wieder von verschiedenen Parteien aufgegriffen worden.

Gemäß des politischen Spektrum schwankte die Einschätzung, ob man sie von den steuerlichen und bürokratischen Belastungen weiter befreien sollte – nicht zuletzt auch zugunsten nachhaltigen Fortschritts für den Klimaschutz.

Besonders DIE LINKE möchte eher das Gegenteil: Sie beansprucht, die Ökonomie mit weiteren Regeln und Gesetzen zu belegen, weil man davon überzeugt ist, dass der Markt alleine die Ziele weniger CO₂-Emissionen nicht erreichen kann.

Auch in Fragen der finanziellen Erleichterungen für Unternehmen spricht man sich im linken Parteienreigen dafür aus, tendenziell eher stärkere Abgaben zu erheben, um die durch Corona, Flut und Umweltschutz gebeutelten Staatshaushalte zu sanieren.

In eine völlig andere Richtung geht erwartungsgemäß die FDP: Sie will die Firmen von der Geißel der Steuerlast loslösen und ihr damit private Investitionen erleichtern. Man verweist darauf, dass das auch bereits vor der Krise geklappt habe – und nur auf diesem Wege Wohlstand hergestellt werden könne. Doch für meinen Geschmack geht es in all dieser Diskussion zu sehr darum, wie wir mit den Betrieben im Land umgehen wollen.

Natürlich: Sie sind der Motor für Prosperität und Entwicklung. Aber sollten wir nicht auch einmal den Blick auf diejenigen werfen, die den Unternehmen das Wasser reichen und ihr Florieren bei der Stange halten?

Denn im Zweifel sind es die Arbeitnehmer an der Basis, die dem Kahlschlag durch das Management zum Opfer fallen. Wer dann in der „Hartz IV“-Falle landet, entdeckt ganz andere Seiten von Gängelung. Was die FDP als „Fordern und Fördern“ weiterhin hochhält, ist in Wahrheit eine Entmündigung des Einzelnen.

Das kann nicht dem freiheitlichen Menschenbild entsprechen, wenn der Arbeitslose zum hundertsten Male ein Bewerbungstraining durchläuft oder zur Konzentrationsförderung Rechenaufgaben auf Grundschulniveau lösen muss.

Dass diese Realität maßgeblich das Innovationspotenzial in unserem Land schrumpft, wird angesichts der Statistik deutlich, welche viele ALG II-Empfänger über Jahre und Jahrzehnte in zementierter Armut sieht, weil ihnen einerseits eine passgenaue Berufsförderung verweigert wird – andererseits beschränkt das System aber auch jegliche monetäre Freiheit.

Statt sich auf die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit konzentrieren zu können, sorgt sich der Arbeitslose ständig neu um sein Dasein. Daher plädiere ich für eine Mindestsicherung, die es erlaubt, den Fokus weg von der dauernden Angst um das finanzielle Übermorgen hin zu einer stabilen Existenzgrundlage für jeden zu lenken, damit unbeschwerte Schaffenskraft und Selbstverwirklichung geschehen kann – die Menschen am ehesten wieder zurück in Lohn und Brot bringt. Wir sind schon allein anthropologisch darauf ausgerichtet, etwas aus unserem Leben machen zu wollen. Nehmen wir daher den Mut für ein bedingungsloses Grundeinkommen zusammen, das durch Bürokratieabbau und Zusammenlegung von Sozialleistungen zweifellos finanzierbar ist.

Die Erfahrung hat gezeigt: Wer die Wirtschaft an die lange Leine lässt, der riskiert einen Missbrauch der menschlichen Arbeitskraft zugunsten des unternehmerischen Wachstums und eines Reichtums von Wenigen.

Wir brauchen Ergebnisgerechtigkeit, weil wir es nicht schaffen werden, evolutionäre Unterschiede zwischen den Menschen derart zu minimieren, dass eine wahrhaftige Chancengleichheit entsteht. Entfesseln wir daher die Menschen, nicht die Wirtschaft!

Weg mit den Pauschalisierungen!

Zur politischen Diskussion um die Rente:

Im Bundestagswahlkampf ging es inhaltlich unter anderem um die Frage, ob die von Norbert Blüm einst geäußerte Zusage gehalten werden kann, wonach die Rente auch zukünftig sicher ist. Während sich die SPD zumindest für ein stabiles Rentenniveau einsetzte und auch das Renteneintrittsalter nicht erhöhen wollte, forderte DIE LINKE gar eine Anhebung des Sicherungslevels und eine Absenkung des Pensionsalters.

Doch eigentlich hatte ich gedacht, dass wir in den 20er-Jahren des 21. Jahrhunderts gedanklich flexibler sind, als ständig in Pauschalisierungen zu denken.

Es ist vollkommen richtig, dass über ein Fünftel der Deutschen noch vor Erreichung des 70. Lebensjahres verstirbt – und damit wenig von einer Rente hat, wenn der Ruhestand erst mit 67 beginnt.

Gleichermaßen scheint es ungerecht, wenn ein rüstiger Selbstständiger bei bester Gesundheit arbeiten will, aber durch gesellschaftliche Konventionen dazu gedrängt wird, im Alter den Platz für die nächste Generation freimachen zu müssen.

Das menschliche Dasein ist bereits aus anthropologischer Sicht auf Individualität ausgerichtet. Es spielt also bereits eine Rolle, wie unsere Konstitution genetisch angelegt ist – und vor allem, welchem Beruf wir nachgehen. Person X kann im selben Job möglicherweise länger arbeiten als Y, weil sie physiologisch und psychologisch belastbarer ist.

Daneben ist doch auch völlig klar, dass der Straßenarbeiter seltener auf über 40 Berufsjahre kommt als der Bürosachbearbeiter. Das Leben lässt sich nicht in Schwarz-Weiß denken. Genauso wenig unsere Rente. Weshalb ermöglichen wir daher nicht ein selbstbestimmtes Eintrittsalter?

Im Sozialstaat muss sich die „ausgebrannte“ Pflegekraft darauf verlassen können, dass sie auch mit 57 Jahren in den Ruhestand gehen kann – und ihre Bezüge solidarisch vom Manager gezahlt werden, der auch mit 75 noch in der Chefetage sitzt. Dieses Prinzip kann aufgehen, das haben andere Länder gezeigt. Ähnlich verhält es sich auch mit der Finanzierung unserer Rente:

Es gibt viele Beispiele, wie die derzeitige umlagenbasierte Altersversorgung fortentwickelt werden kann. Die Konzepte liegen auf dem Tisch, keines davon ist in seinem Absolutheitsanspruch ideal. Stattdessen braucht es ein kreatives und mutiges Kombinieren und Ausprobieren. Es genügt nicht, die verkrusteten Strukturen aufzuweichen – sie müssen nicht nur im Blick auf die Demografie entfesselt werden!

Lasst die Religion das Opium sein!

Zur Debatte über Religion von heute:

Die Frage über die Berechtigung der Existenz einer Religion muss per se ins Leere führen, weil Religion ohnehin „da“ ist. Ihre Notwendigkeit ergibt sich bereits aus dem anthropologischen Bedürfnis des Menschen nach Erklärbarkeit und Begründbarkeit von Sinn und Wahrhaftigkeit des Lebens. Vermeintliche Religionskritik, wie man sie auch den Worten „Opium des Volkes“ von Marx zuschreibt, offenbart in Wirklichkeit das unerlässliche Bedürfnis nach einem menschlichen Weltverständnis und einer Möglichkeit, trotz Leiden und Pein nicht zu verzweifeln. Religion ist heilsam und kann sicherlich auch berauschend sein. Ihre Dringlichkeit wird dadurch aber keinesfalls in Frage gestellt, ganz im Gegenteil. Der Glaube an das Höhere und die Überzeugung an ein Jenseitiges gehören zu unserer DNA, weil wir mit Ungewissheit, Antwortlosigkeit und Unsicherheit kaum existieren können.

Auch wenn die Religion also vornehmlich ein auf Tradition, Überlieferung und Hoffnung gebautes Gedankengerüst für den Halt im irdischen Dasein ist, erfüllt sie weit mehr als einen Selbstzweck. Religion gibt Orientierung und Zuversicht, welche die Begrenztheit unserer Vernunft zumindest partiell zu kaschieren vermögen. Gleichwohl kann die Ausübung der Religion trotz ihres Charakters als Grundrecht keinen Anspruch auf eine unlimitierte Freiheit erheben und ist auch nicht vor Widerrede gefeit. Allerdings kann der Adressat solcher Kritik nicht die Religion an sich sein, weil sie lediglich das Objekt und Ergebnis eines menschlichen Schaffungsprozesses ist. Insofern obliegt es allein dem Menschen, Religion zu gestalten und ihrem Macht-, Wahrheits- und Absolutheitsanspruch Grenzen zu setzen. Schließlich kann sie nicht allein aus ihrer Gestalt heraus zu einem Werkzeug für Missbrauch werden, dafür bedarf es des Handwerkers, der es benutzt. Insofern ist die Kritikfähigkeit der Religion von der Bereitschaft der Selbstreflexion des Menschen abhängig.

Neuzeitliche Ungeduld

Zu Weihnachtsvorbereitungen im Sommer:

Nicht nur christliche Kirchen empören sich darüber, dass mit jedem Jahr der Beginn des Schoko-Weihnachtsmann-Verkaufs nochmals um einige Tage nach vorne rückt.

Mittlerweile verhökern sie Supermärkte schon im August, in manchen Katalogen finden sich Lichterketten und Baumkugeln mitten im Sommer und Plätzchen-Rezepte werden ab der zweiten Jahreshälfte getauscht.

Es hat einen guten Grund, warum die Vorbereitung auf Weihnachten in Form der Adventszeit begrenzt ist.

Schlussendlich ist das Christfest nämlich kein Lebensgefühl, das man durch die Monate mit sich herumträgt. Es ist eine jährlich wiederkommende Zäsur, mit der wir vor allem geistlich dazu angehalten werden, innezuhalten und nachzudenken.

Praktizieren wir Weihnachten rund um die Uhr, wird es nicht nur ad absurdum geführt, sondern verliert seinen erfreuenden, motivierenden und mahnenden Charakter.

Und auch wenn manch Begeisterte ihre Häuser 365 Tage schmücken, ist das kein Anlass dazu, dass sich die Mehrheitsgesellschaft der besonders durch die Wirtschaft vorangetriebenen Kommerzialisierung von Weihnachten über Monate hinweg unterwirft.

In der Neuzeit, in der alles möglich erscheint und der Mensch sich zunehmend anmaßt, gottgleiche Gestaltungsfreiheit zu besitzen, wird die menschliche Ungeduld befeuert. Christus ist am 24.12. geboren – und auch wir begehen unseren Geburtstag nur ein Mal pro Jahr. Keine Frage: Selbstverständlich dürfen wir diesem Ereignis erwartungsvoll entgensehen. Doch es genügt vollkommen, wenn wir dies in den dafür vorgesehenen vier Wochen ab Ende November tun.

Wir trainieren damit etwas, das vielen von uns heute schwer zu fallen scheint: Warten. Schließlich kann es nur guttun, wenn wir unserem offenbaren Trieb nach Kokosmakronen, Spekulatius und Butterkeksen allein aus figürlichen Gründen unter dem Jahr widerstehen.

Eine Überflussgesellschaft vermag es sich gönnen zu können, Bedürfnisse und Gier jederzeit zu befriedigen. Dabei wissen wir um die heilsame Wirkung der Enthaltbarkeit.

Sie befähigt uns, das Wunder von Bethlehem immer wieder neu mit authentischer Glückseligkeit zu betrachten, weil es nur solange zu keiner Selbstverständlichkeit verkommt, wie wir Weihnachten nicht zu unserem Alltag erklären.

Jetzt hilft nur noch Selbstzerstörung...

Zum Zustand der (katholischen) Kirche:

Es begann mit einem Zick-Zack-Kurs in der Frage, inwieweit Homosexuelle zur katholischen Kirche gehören und welche Rechte sie bekommen sollen. Später dann windete er sich darum, ein klares Bekenntnis zu Frauenrechten innerhalb der Weltkirche abzugeben. Und aktuell wirkt er in Sachen Aufarbeitung des Missbrauchs durch Priester völlig unberechenbar. Die Rede ist von Papst Franziskus, der so ungreifbar ist wie kaum ein anderer Pontifex vor ihm.

Es scheint so, als habe er zwar in sich gesehen eigene Meinungen, kann sie aber in der vatikanischen Kurie nicht durchsetzen. Dass er zunächst das Rücktrittsangebot von Kardinal Marx abgelehnt und nun auch das Gesuch von Bischof Heße zurückgewiesen hat, macht ganz unmissverständlich deutlich, dass die Aufarbeitung der sexuellen Übergriffe durch katholische Geistliche in Gänze gescheitert ist.

Franziskus ist nicht bereit, sichtbare Konsequenzen zu ziehen. Viel eher verweist er immer wieder darauf, gemeinsam mit dem angestammten Personal, welches teils tief in die Vertuschung verwickelt zu sein scheint, aufräumen zu wollen. Doch das kann nicht mit jenen Führungskräften funktionieren, die bereits in der Offenlegung der katastrophalen Fehlritte versagt haben. Ein echter Neubeginn ist nur mit unbelasteten Persönlichkeiten möglich, denn das zerschlagene Vertrauen zu der bisherigen Mannschaft lässt sich nicht mehr kitten. Der Papst ist nicht zu dem bereit, was er selbst liturgisch immer wieder verkündet: Die katholische Kirche vermag den Schritt zur „bußfertigen Reue“ nicht zu gehen, denn sie schützt diejenigen, die Verantwortung tragen. Der nahezu hilflos wirkende Appell von Kirchenvertretern und Laienorganisationen, wonach die Schäfchen dem Katholizismus doch bitte nicht den Rücken kehren sollten, sondern dabei mithelfen mögen, die Kirche von innen zu erneuern, muss wie Hohn klingen.

Spätestens angesichts der Offenbarung durch Franziskus bei der Entscheidung über den Hamburger Kleriker, dem ein massives Versäumnis im Transparentmachen von Sünden diverser Pfarrer attestiert wurde, ist alle Glaubwürdigkeit dahin. Nein, der Zug ist wahrlich abgefahren, eine Reform der Kirche kann auch von unten nicht gelingen, weil an ihrer Spitze ein Ehrenkodex herrscht, der auch von jeglichem Versuch der Demokratisierung nicht gesprengt werden kann. Die Oligarchie in der katholischen Zunft bleibt unantastbar, das ist ein bitteres Eingeständnis.

Je mehr Gläubige aus der Utopie der Veränderung erwachen, umso schneller kann die Kirche in existenzielle Not geraten: Diese selbstzerstörerische Aussicht dürfte mittlerweile der einzige Weg zu sein, um tatsächlich noch zu einem Zusammenbruch des kirchlichen Machtapparats und einer revolutionären Reinigung zu gelangen.

Die klimatische Erweckungsbewegung

Zum Online-Klimagebet „Kirche für 1,5°“:

Das Eintreten für den Klimaschutz nimmt immer fragwürdigere Züge an: Dass nun die evangelische Kirche zum „Klimagebet“ einlädt und Gott darum bitten will, dass die Menschheit doch endlich zur Besinnung kommen möge und die international gesteckten Ziele einhalten solle, ist in mehrerlei Hinsicht bedenklich und pervertiert jegliche Religiosität:

Zwar wissen wir spätestens seit der Flüchtlingskrise, wonach der Protestantismus eine sehr politische Konfession ist, die sich auch gerne dezidiert durch ihre obersten Vertreter auf eine bestimmte Seite zu stellen vermag. Doch dass man jetzt sogar versucht, eine charismatisch oder pfingstlich anmutende Erweckung zu erhoffen, lässt mich an mancher Rationalität der Beteiligten zweifeln.

Immerhin kenne ich solche Praktiken nur aus extremen Glaubensrichtungen, deren Anhänger ihrer höheren Macht eine grenzenlose Allmacht zugestehen und darauf vertrauen, dass sie theistisch gesehen in das Weltgeschehen und sogar in die Köpfe und Denkprozesse des Menschen eingreift. Politische Entscheidungen sind nicht durch einen Gott beeinflussbar. Wer davon ausgeht, instrumentalisiert und missbraucht ihn für die eigenen Utopien.

Der Slogan „Kirche für 1,5°“ ist eine Bankrotterklärung, weil sich das Ansinnen widerspricht: Die Umweltschutzbewegung geht davon aus, dass wir unter einem menschengemachten Klimawandel leiden und damit selbst dafür verantwortlich sind, dass es zu einer drastischen Erderwärmung kommt. Weshalb möchte man dann Gott in diese Fehlentwicklung einbinden? Ist er derjenige, der Menschheitsfehler ausbügeln soll? Der Retter in der Not, der lediglich dann bemüht wird, wenn wir Geschöpfe nicht mehr weiterwissen?

Unabhängig davon, dass ich nicht davon überzeugt bin, wonach sich die perspektivische Veränderung unseres Klimas allein auf die zweifelsohne unredliche Ressourcenverschwendung durch uns irdische Wesen zurückführen lässt, verstört mich als Christ und ehemaliges Mitglied der evangelischen Kirche, mit welcher Einseitigkeit und Naivität man sich mit denjenigen verbündet, die momentan versuchen, die Wahrheit für sich zu beanspruchen. Dass man gerade die nicht unumstrittene Aktivistin Neubauer zum „Online-Gebet“ eingeladen hat, lässt anmuten: Wird hier die Stellvertreterin der verehrten und sicher alsbald heiliggesprochenen Greta Thunberg als Messias und Nachfolge Christi zelebriert? Ich erwarte in politischen Fragen eine Unabhängigkeit der Konfessionen, solange sie nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder wissentlich hinter sich vereinen kann. Die Verjüngung in der EKD hat offenbar auch zu einem massiven Erdbeben in den weltlichen Überzeugungen der evangelischen Kirche geführt.

Dass offenbar die neue Mittzwanziger-Präses Anna-Nicole Heinrich nicht nur theologisch gesehen eine liberale Haltung einnimmt, sondern sich auch politisch kurz nach ihrem Amtsantritt derart in eine bestimmte Ecke positioniert, lässt mich daran zweifeln, ob die Protestanten nicht doch auf dem Weg sind, sich von einer Religions- zu einer dezidiert diesseitigen Weltanschauungsgemeinschaft zu wandeln.

Verhöhnung von Impfgeschädigten

*Zur Zuschreibung des Begriffs „Beklopte“ an
Impfgegner durch Bundespräsident a.D.,
Joachim Gauck:*

Nein, Joachim Gauck ist eben nicht nur
Privatperson, sondern weiterhin
Bundespräsident – lediglich außer Dienst.
Und genau für diesen Umstand sind seine
aktuellen Aussagen unwürdig.

Als Betroffener eines
höchstwahrscheinlichen Impfschadens durch
die Corona-Immunsierung empfinde ich es
als Hohn, wenn das ehemalige
Staatsoberhaupt Impfverweigerer als
„Beklopte“ bezeichnet.

Gerade er, der immer für die Freiheit
gekämpft hat, sollte nun auch die
individuelle Entscheidung des Einzelnen
respektieren und anerkennen, wenn sich ein
Mensch aus argumentativen Gründen gegen
die Verabreichung eines Vakzins ausspricht.

Ohne Frage: Ich halte das Immunisieren für wichtig und erachte es als einen wesentlichen Bestandteil dafür, dass wir aus der Pandemie herausfinden. Ich würde mich selbst auch jederzeit wieder impfen lassen. Dennoch muss der Entschluss dazu freiwillig bleiben.

Grundrechtseinschränkungen für Nicht-Geimpfte sind für mich inakzeptabel. Man braucht vor allem Ehrlichkeit: Es gibt schwerwiegende und dauerhafte Nebenwirkungen, wenngleich sie vergleichsweise selten sein mögen. Das muss der Öffentlichkeit authentisch erklärt werden, damit der mündige Bürger befinden kann, wie er persönlich das Nutzen-Risiko-Verhältnis bewerten möchte und ob er sich immunisieren lassen will. Besonders bei Vorerkrankten wird aus meiner Sicht zu wenig abgewogen und mögliche Folgen verharmlost. Die Verantwortung dafür liegt bei der Bundesregierung, aber auch den beteiligten Fachinstituten, die nicht gerade durch die allergrößte Transparenz brillieren.

Es ist Aufgabe eines Staates, seine Bürger zu schützen. Das bedeutet nicht nur, die Gefahr eines Virus von ihr abzuwenden, sondern auch Impfrisiken unverblümt zu benennen und sie vollumfänglich in ihrer wahrhaftigen Prävalenz offenzulegen.

Gescheiterte Oktroyierung

Zum Umsturz in Afghanistan:

Nicht nur Deutschland hat viel zu spät, unvorbereitet und in seiner typisch bürokratischen Eigenart auf das Ende des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan reagiert und ist nun mitverantwortlich am Leid der Ortskräfte, die um ihr Leben fürchten.

Diesbezüglich kann jetzt nur noch Schadensbegrenzung betrieben und so viele Menschen wie möglich aus den Händen der Taliban gerettet werden.

Aber im Blick auf die gesamte Intervention der vergangenen 20 Jahre stellt sich bereits wenige Wochen nach dem Abzug heraus, dass es zwingender Lernprozesse und einer ungeschönten Einsicht bedarf, um aus dem Desaster dort am Hindukusch schlau zu werden. Schon die Grundannahme, mit der man 2001 in das Land einmarschiert war, musste sich als völlig unreal herausstellen:

Die Hybris des Westens mit seiner lehrerhaften und überheblichen Einstellung, anderen Staaten das eigene Gesellschaftssystem aufzotroyieren zu können, war von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Letztlich hat sich das Militärbündnis vollkommen in seiner Überzeugung verrannt, eine völlig andere Kultur sozialisieren zu wollen.

Am Ende ist der künstliche Bypass, den vor allem die USA in Afghanistan gelegt haben, um den Fluss ihrer imaginierten Sicherheitsstruktur in der Region aufrechtzuerhalten, in sich zusammengebrochen.

Wenn die Moral der afghanischen Armee, die über Jahrzehnte mit Geld und Material ausgestattet und ausgebildet wurde, nur wenige Tage nach dem Ende der Wiederbelebungsmaßnahmen eines gescheiterten Versuchs zur Demokratisierung zu implodieren vermag, ist man einem gewaltigen Trugschluss auf den Leim gegangen:

Der Wille des Volkes in Afghanistan blieb seit jeher unberücksichtigt, stattdessen hat man ein Land nach den Vorstellungen von Drittstaaten aufzubauen gedacht. Wer sich aus bloßem Eigennutz in die inneren Angelegenheiten anderer Weltregionen einzumischen anmaßt, kann letztlich nur Chaos hinterlassen. Deshalb ist nicht nur der deutschen Politik dringend angeraten, sämtliche Auslandseinsätze der eigenen Streitkräfte nach deren Sinn, Zweck und Ziel neu zu hinterfragen und künftig bei fehlender Strategie auf jegliches Engagement zu verzichten.

Glauben die das wirklich?

Zur Debatte einer rot-grün-roten Koalition im Vorfeld der Bundestagswahl 2021:

Ein Schreckgespenst geht um. Wieder einmal warnen führende Politiker der Union vor einem Linksrutsch in Deutschland.

Besonders Markus Söder tut sich momentan besonders hervor, er zeichnet gruselige Bilder von einem Deutschland, das von Rot-Grün-Rot regiert würde.

Es mutet nahezu schon wahnhaft an, wenn verschiedene Akteure aus CDU und CSU apokalyptische Zustände am Horizont heraufziehen sehen, wenn DIE LINKE an der künftigen Bundesregierung beteiligt sein würde.

Glauben die das wirklich? Meint man in den bürgerlich-konservativen Parteien tatsächlich, dass in solch einem Fall am 27. September der Realsozialismus in der Bundesrepublik einziehen würde?

Großflächige Enteignungen, Austritt aus der NATO, Kappung der Vermögen, Planwirtschaft, Auflösung der Bundeswehr, kommunistische Flaggen an den Häusern?

Entgegen der Behauptung des bayerischen Ministerpräsidenten hat die Linkspartei ihre Vergangenheit sehr viel intensiver aufgearbeitet als etwa die CDU zu Zeiten der DDR.

Bis jetzt ist es keinem Politiker der Union gelungen, die verbreitete Angst, Sorge und Panik vor einem Linksbündnis zu konkretisieren. Da werden Nebelkerzen gezündet, die die Bevölkerung verblenden sollen. Und tatsächlich scheinen manche Bevölkerungsgeschichten tatsächlich auf die Münchner Märchenstunde hereinzufallen. Ein R2G-Bündnis würde einen politischen Wechsel bringen, das ist völlig klar.

Doch wo finden die schwarz-gelben Wahlkämpfer Anzeichen dafür, dass unser demokratisches System ins Wanken geraten könnte, wenn LINKE mitregieren?

Auch Thüringen steht bis heute noch. Letztendlich bevormunden Söder & Co. die Bürger, denn diese sind mündig genug, sich ein eigenes Bild zu machen und dann zu entscheiden. Und sollte der Souverän den Linksruck wollen, dann hat das auch die Union zu akzeptieren.

Die Angst vor einem Demokratischen Sozialismus ist schon allein deshalb völlig unbegründet, weil er zunächst einmal eine Utopie beschreibt, in dessen Richtung sich die Linkspartei bewegen möchte. Es ist doch klar, dass niemand ernsthaft unsere freiheitliche Verfassung in Frage stellen will. Und einen behutsamen Wandel hin zu einem neuen Wirtschaftssystem würden viele Menschen im Angesicht des Kapitalismus befürworten.

Das Ziel einer linken Politik muss es sein, die Freiheit jedes Einzelnen durch Ergebnissgerechtigkeit zu fördern, sie aber gleichsam mit den Ansprüchen der Anderen in Einklang zu bringen.

Es kann für den Menschen kein unendliches Wachstum oder grenzenlose Entfaltung geben, weil wir in einer Sozietät leben und die Individualisierung durch Solidarität begrenzt wird. Wer solch eine Selbstverständlichkeit als eine herannahende Gefahr für den neomarktwirtschaftlichen Staat ansieht, der beweist letztendlich nur, wie dringend es eines Umdenkens bedarf...

Der Protest wird grotesk!

*Zur Diskussion über einen Klimaschutz-
Bürgermeister für Konstanz und die
allgemeine Debatte zum Thema:*

Der Klimawandel ist da, er ist ein Fakt. Daran sollte es eigentlich keinen Zweifel mehr geben, denn die Veränderungen sind messbar und spürbar.

Über seine Ursachen sollte aber weiterhin differenziert diskutiert werden.

Denn die Darstellung von großen Teilen der derzeitigen Protestbewegung, wonach die Erderwärmung allein menschengemacht sei, ist aus meiner Sicht nicht haltbar.

Auch die Prognosen über die perspektivischen Wetterveränderungen, die nicht empirisch untermauert werden können, sondern vor allem von Modellrechnungen abhängen, sind für mich unzureichend belastbar.

Glaubt man an eine sinnvolle und in sich abgestimmte Schöpfung und Evolution, muss man doch fragen, warum die anthropologische Entwicklung den Menschen zum Bergbau, zur Kernforschung oder zur Weidetierhaltung befähigt hat, wenn all das dazu beiträgt, das Klima in selbstzerstörerischer Weise zu verändern. Kurzum: Es ist ein Gebot der Nachhaltigkeit, dass wir unseren nachfolgenden Generationen gegenüber ressourcenschonender handeln.

Insofern sind Effizienz und Innovation die richtigen Mittel, aber auch ein in Blick auf unser Luxusverhalten enthaltsamerer Lebensstil ist notwendig und zumutbar. Gleichermäßen wende ich mich gegen die Dramatisierung, die beispielsweise im Ausrufen des „Klimanotstandes“ seinen Ausdruck findet. Ja, die Lage ist durchaus ernst und existenzgefährdend. Aber hilft es nicht manchmal vielleicht doch mehr, etwas größere Gelassenheit an den Tag zu legen, wenn gewisse Gegebenheiten unabänderlich sind?

Vergessen wird oft, dass der Klimawandel auch einen natürlichen Ursprung hat. In der Geschichte kam es schon vielfach zu klimatischen Veränderungen, wenngleich sie heute durch den menschlichen Einfluss schneller geschehen. Denn ich weiß nicht, ob es rational ist, wenn wir uns in Panik gegen Selbstverständlichkeiten richten und manche Kraft und Energie einseitig investieren. Anstatt sich mit reflexartiger und hastiger Aufgeregtheit gegen den Klimawandel zu wehren, wäre es aus meiner Sicht angebracht, mindestens genauso intensiv Anpassung zu üben.

Die Schaffung der Stelle eines Klimaschutz-Bürgermeisters für Konstanz ist nach meinem Dafürhalten erneut eine populistische und angstgetriebene Kurzschlussreaktion, die die Menschen neuerlich beunruhigt und davon abhält, mit besonnenen und vernunftbezogenen Argumenten Sachlichkeit zu bewahren.

Mein Gott, mein Gott, warum hast du die Kirche verlassen?*

(* in Anlehnung an Psalm 22,2 – Lutherbibel 1912)

Zur scheinbar sich relativierenden, allerdings anhaltenden Austrittswelle bei den beiden großen christlichen Kirchen:

Es wirkt irgendwie bizarr, wenn Kirchen und Medien die aktuellen Austrittszahlen der beiden großen christlichen Konfessionen nahezu erleichtert kommentieren:

Ja, tatsächlich hat sich die Zahl derjenigen Gläubigen, die 2020 ihre geistliche Heimat verlassen haben, im Vergleich zu den Vorjahreszeiträumen ein wenig relativiert – doch der massive Trend des Mitgliederschwundes hat sich dadurch keineswegs abgeschwächt.

Als wesentliche Gründe werden vor allem die Kirchensteuerlast genannt, die viele Schäfchen nicht mehr berappen wollen – aber auch eine „inhaltliche Distanz“ zu den Lehren und Praktiken der Kirche.

Schlussendlich darf man davon ausgehen, dass unter diesem Oberbegriff auch der Schock über die immer neuen Verdachtsfälle von sexuellem Missbrauch von minderjährigen Personen in der Kirche zusammengefasst ist, der vielen Zweiflern an der Institution „den Rest gegeben hat“ und sie letztlich dazu brachte, endgültig einen Schlussstrich unter ihre Zugehörigkeit zu ihrer Religionsgemeinschaft zu ziehen. In den vielen Berichten über die angebliche Abflachung der Kurve bei den Austrittszahlen bleibt weitgehend unerwähnt, dass im vergangenen Jahr an manchen Orten erhebliche Wartezeiten in den Gerichten und Standesämtern entstanden, nachdem sie die Nachfrage nach Kirchenaustritten nicht mehr bewältigt werden konnten. Das betrifft – nicht ohne Grund – vor allem das Bistum in Köln, wodurch klar wird, dass es regional massive Unterschiede in den Befunden gibt. Gleichermäßen zeigt sich nämlich auch, dass viele Menschen durch die Schließung der Behörden aufgrund von Corona-Verordnungen vielerorts gar nicht die Gelegenheit hatten, ihre Mitgliedschaft in der Kirche beenden zu können.

Scheinheilig wirken da die Aussagen, wonach schon eine Stagnation bei den Austritten prognostiziert wird. Wunschdenken scheint hier der Vater des Gedankens, doch ich bin sicher, dass die Gläubigen dem teils selbstüberheblichen Auftreten des Klerus diesen Gefallen wohl nicht tun werden. Denn es wäre auch zweifelsfrei zu kurz gegriffen, würde man allein die schändlichen Taten von Priestern dafür verantwortlich machen, dass immer mehr Menschen der Kirche den Rücken kehren. Denn im offenbar weniger von sexuellen Vorfällen an Kindern betroffenen Protestantismus verlassen die Anhänger ihre Landeskirchen ebenfalls in Scharen und geben dafür meist ganz andere Motivationen an. Das Märchen, vor allem der Griff in den Geldbeutel bewege sie zum Austritt, verdeckt die weitaus komplexeren Beweggründe, mit denen man sich in den Leitungsebenen der christlichen Konfessionen ungern beschäftigt. Natürlich sind es auch die Dogmatik und Glaubenssätze über die Sexualmoral, die einer Anpassung in die gegenwartsnahe Wirklichkeit bedarf und durch eine kontextbezogene Auslegung der Schrift dringend reformbedürftig wird.

Der Umgang mit Homosexuellen, Geschiedenen und nicht zölibatär wirkenden Geistlichen ist ebenso wie die andauernde Herabwürdigung der Frau nicht allein ein Ausdruck von Ausgrenzung, Missachtung und Diskriminierung, sondern schon längst nicht mehr mit den Geboten der Bibel vereinbar. Die Empfehlung aus evangelikalen Kreisen dieser Tage, wonach man auch in Deutschland wieder stärker auf Mission setzen müsse, um Gläubige zu halten – und ungläubig Gewordene wieder zurückzuholen, teile ich nicht. Denn meine Erfahrungen in dieser Hinsicht bremsen die Unterstützung für solch ein Vorhaben erheblich. Denn wir brauchen keine Überredungskunst, mit der wir lediglich auf Verheißung, Durchhaltevermögen und Prophetie bei den Menschen setzen – sondern Überzeugungskraft, die auf einer ehrlichen, realitätspraktischen und lebensechten Verkündigung der christlichen Botschaft fußt und zu einer authentischen Nachfolge von Jesu im Hier und Jetzt ermutigt. Dazu gehört eine kritische Exegese, die nicht nur leere Versprechungen mit Blick auf die Ewigkeit macht.

Stattdessen wünschen sich die Zweifelnden Antworten auf drängende Fragen der Zeit, wie das Theodizée-Problem – und klare, umsetzbare Handlungsanweisungen für ihren Alltag, die mit geistlicher Nahrung zu unterfüttert sind.

Es wäre meiner Ansicht nach ein Trugschluss, den verschiedenen Vorschlägen einer zeitgeistigen Liturgie und Predigt hinterherzulaufen, die auf eine neumodische Ansprache der Gläubigen setzt und mit Gottesdienstformen von sich reden machen möchte, welche flippig und in leichter Sprache daherkommen.

Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der Kirchenanhänger und Kirchenfernen nicht wollen, dass Gotteshäuser zu Discos umfunktioniert werden – und dass sonntags bei geistlichem Hip-Hop tanzend und die Hände empor reißend der Allmächtige angebetet wird. Es geht nicht um die Modernisierung der Form, sondern um eine Emanzipierung der Inhalte. Dafür ist es keinesfalls notwendig, einer bibeltreuen Interpretation der Heiligen Schrift zu entsagen.

Doch es ist nach meiner festen Überzeugung die Aufgabe von verantwortungsvoller Theologie, Gleichnisse und Bilder aus den Worten Gottes innerhalb von dynamischen Rahmenbedingungen derart zu übersetzen, dass die Menschen die Botschaft unmittelbar ins Dasein einbringen können.

Zusammenfassend scheint es müßig, sich weiterhin an der Oberfläche des Problems aufzuhalten. Denn die Schäfchen haben schon seit langem bemerkt, wo der Hase wirklich im Pfeffer liegt.

Da braucht es keine Ablenkungsmanöver und Nebelkerzen, die die Aufmerksamkeit auf die temporären Skandale richten und damit die fundamentale Krise der Kirche erklären sollen.

Solange sie ein autokratisches, besserwisserisches und diktierendes Identitätsverständnis praktiziert, wird ihre Glaubwürdigkeit und Akzeptanz auch weiterhin abnehmen. Da ist es egal, wie viele Bischöfe zurücktreten – oder ob 10 Euro mehr in der Steuererklärung abgezogen werden.

In einer Dekade der Diversität von Weltanschauungsangeboten und „Patchwork“-Religionen muss die Institution einerseits zwar auf Konservativismus, andererseits aber auch auf Veränderungsbereitschaft setzen.

Dass das kein Widerspruch ist, zeigt sich an unterschiedlichen Umfragen unter den Mitgliedern. Niemand verlangt, dass das Christentum seine Seele verkauft – denn viele biblische Allegorien sind aktueller denn je. Stattdessen sind es die menschengemachten Doktrinen der Kirche, die mit einer humanistisch-aufgeklärten Philosophie des figurativen Christen nicht mehr übereinstimmen. Und so sich Zwei entfremden, freut sich möglicherweise der Dritte: Der Atheismus boomt, doch dieser Anschein ist zerbrechlich...

Politikstil? Angstmacherei!

Zu Politikeraussagen in der Krise:

Was waren das noch für Zeiten, als unsere Politiker voller Hoffnung und Zuversicht waren. Man erinnere sich an einen Sozialminister, der uns versprach, dass die Rente sicher sein wird.

Oder an eine Kanzlerin, die mit ihrem Finanzminister vor der Kamera fest zusicherte, dass sich die Anleger um ihr Ersparnis in der Finanzkrise keine Sorgen machen müssten.

Und heute? Da mahnt ein Gesundheitsminister bei einer Inzidenz von knapp über 10 vor einem möglichen Anstieg auf 800 Corona-Erkrankte unter 100.000 Einwohnern innerhalb von sieben Tagen.

Da kündigt ein Experte der SPD für alle Notlagen und sonstigen Unglücksfälle vor Auslaufen der dritten schon die vierte Covid-19-Welle an.

Und dann ist da noch ein Ministerpräsident, der angesichts einer Jahrhundert-Flut prognostiziert, dass wir fortan viel öfter von „Mini-Tsunamis“ heimgesucht werden.

Statt ermutigend zu sein, setzen die Verantwortlichen im Jahr 2021 auf einen Politikstil der Angstmacherei – wohlwissend, dass viele ihrer Vorhersagen schon in der Vergangenheit misslangen und zu Verunsicherung führten. Letztlich erweisen sie damit „Corona“- und „Klima-Leugnern“ einen Bärendienst, denn es sind diese „Querdenker“ und Paranoiker, die die politisch indoktrinierte Furcht bei den Menschen ausnutzen und für ihre Ziele missbrauchen.

Bürger, die ständig gewarnt werden, bilden irgendwann Trugbilder aus und sind nahezu wahnhaft von dem Gedanken besessen, die „bösen Kräfte der Macht“ lenkten den gesamten Staat und hätten die Seuche lediglich zum Zweck erfunden, die Bevölkerung zu gängeln und in ihren Grundrechten zu beschneiden.

Wie brandgefährlich also die ständige Moralkeule ist, die den Deutschen ihre Mündigkeit zur Selbsteinschätzung nimmt, zeigt der wachsende Einfluss der Verschwörungstheoretiker auf unseren Straßen – und sogar in den Katastrophengebieten des Hochwassers.

Zudem halte ich es für überaus bedenklich, wenn sich Politik beispielsweise in der Frage des Umweltschutzes blind den Thesen von Bürgerbewegungen wie „Fridays for Future“ annimmt und in den Abgesang auf unsere Welt gänzlich unreflektiert miteinstimmt.

Wo bleibt das Vertrauen in die Fähigkeit der Bürger, sich unabhängig eine Meinung bilden zu können, ohne andauernd von Politikern mit Bedenken gequält zu werden, die eine optimistische Vorausschau vollkommen verunmöglichen?

Ist es nicht auch Aufgabe unserer öffentlichen Mandatsträger, Perspektiven zu geben und konstruktive Zukunftserwartungen zu fördern?

Lassen wir uns nicht anstecken von dieser unsichtbaren Pandemie des Schlechtredens, sondern animieren wir uns aus eigenen Stücken zu einer lebensbejahenden Grundeinstellung. Denn aus Bedrohungsgefühlen und Fracksausen erwächst keine Motivation, Probleme fruchtbar und produktiv zu bewältigen...

Gegen den Mainstream – aber ohne
„ungarische Verhältnisse“ ...

*Zur Debatte über eine pluralistische
Sexualaufklärung für Jugendliche:*

Zweifelsohne: Wir leben in einer sexualisierten Gesellschaft, in der der Geschlechtsverkehr zur bloßen Sache verkommen ist und „Quickie“ und „One-Night-Stand“ einem verantwortungsvollen Miteinander zwischen Mann und Frau vorgezogen werden. Es scheint heute normal, völlig unbedarft ins „Date“ zu gehen und sich von Anfang an der Konsequenzen des eigenen Handelns nicht bewusst zu sein. Stattdessen stehen allein Spaß und Lust im Vordergrund. Abtreibungen werden zur Normalität, weil Frauen eingebläut wird, sexuelle Selbstbestimmung befreie sie von jeglicher Eigen- und Fremdverantwortung. Keiner denkt mehr nach, welches wertvolles Geschenk aus der Verschmelzung zweier Personen entstehen kann. Wir stumpfen ab – und degradieren werdendes Leben zu „Zellklumpen“.

Und das alles nur, weil wir angeblich das Recht dazu haben – sagt zumindest die Emanzipation. Schlussendlich steigen die Zahlen an sexsüchtigen Menschen rasant, weil wir die Achtung vor Geschlechtlichkeit und Leidenschaft verloren haben. Wenn Sex zum Dauerbrenner wird, hat die Demut vor dem Sein verloren.

Gleichsam steht auch der Vormarsch der „genderfreundlichen“ Schreibe und Rede zurecht in der Kritik. Zeitgeistige Tendenzen werden nicht dadurch besser, dass sie von einer konformitätspolitischen Minderzahl zu angeblich progressiven Zwecken missbraucht werden. In der Abwägung komme ich zum eindeutigen Schluss, dass selbst die durch Studien nachgewiesenen Effekte einer geschlechtergerechten Ausdrucksweise in Wort und Schrift nicht darüber hinwegtäuschen können, dass eine Verramschung der deutschen Sprache zum sozialen Unfrieden in der Bevölkerung beiträgt. Das zeigen nicht nur Umfragen, bei denen selbst Frauen angeben, dass das Thema für sie kaum eine Rolle spielt.

Denn die Erschwernis von Doppelpunkt, „Binnen-I“ und Gendersternchen beim Lesen und Artikulieren steht in keinem Verhältnis zum angeblichen Gros, wonach eine solche Fassung langfristig bildenden, sensibilisierenden und lehrenden Charakter habe. Jahrhunderte prägte das generische Maskulinum unser Vokabular.

Die Empörung daran hielt sich in Grenzen. Wollen wir eine Spaltung riskieren, weil der Mainstream uns „Political Correctness“ diktiert? Schlussendlich gehört es nämlich auch zu unserer Staatsform dazu, dass die Unterlegenen den Willen der Überzahl zumindest akzeptieren und respektieren – ohne „Diskriminierung“ zu schreien.

Doch trotz manch hehrer Ziele möchte ich der „Demo für alle“ in ihrer aktuellen Verlautbarung widersprechen:

Unbestritten schaffen es Teile unserer Gesellschaft immer wieder, sich als Minorität in den Vordergrund zu spielen.

Eindeutig kritisiere ich als bekennender Homosexueller deren Drang zu Überheblichkeit, denn es darf nicht sein, dass einzelne „Communitys“ permanent die Karte der Benachteiligung spielen, während die objektive Realität mittlerweile eine ganz andere Lebenswirklichkeit einstiger „Randgruppen“ darstellt.

Eine in immer weitere Partikularinteressen gespaltene Nation ist irgendwann nicht mehr regierbar, weil das Credo von „aller Macht den Minderheiten“ unserem demokratischen Rechtsstaat, in dem letztlich die Mehrheiten gewinnen, eklatant zuwiderläuft. Dennoch glaube ich aber, dass wir Menschen Unrecht tun, die in Fragen der sexuellen Identität weiterhin in einer Findungsphase sind, wenn wir vom „Transgender-Hype“ sprechen. Es hat ein ungarisches „G’schmäckle“, wenn das Aktionsbündnis Ehe und Familie nun davor warnt, dass unsere Jüngsten davor geschützt werden müssten, möglicherweise eine Kongruenz aufoktroyiert zu bekommen, die sie scheinbar nicht möchten.

Selbstredend brauchen sie Orientierung, denn ihr Entscheidungsprozess hängt bisweilen erheblich vom Gesellschaftsumfeld ab, welchem sie angehören. Und nicht zuletzt sind es heute die Medien, die Trends transportieren und Meinung formen.

Daher verstehe ich zwar, dass sich manche Bürger um die unabhängige Aufklärung der Kleinsten sorgen, nachdem das digitale Bild der Öffentlichkeit von Übertreibung und Überbewertung gekennzeichnet ist – und nicht die wirklichen Mehrheitsverhältnisse darstellt, die die sexuelle Zusammensetzung der Bevölkerung spiegeln. Dennoch gehört Transsexualität heute als Teil unserer Wertegemeinschaft zum Alltag dazu.

Und es wäre fatal, wenn wir denjenigen Jugendlichen, die sich sexuell zurechtfinden müssen, durch ein Totschweigen der Transidentität die Möglichkeit nehmen, sich über Diversität zu informieren und sie als einen denkbaren Lebensentwurf für sich zu erkennen.

Die Würde jedes Einzelnen macht es erforderlich, dass wir Pluralismus abbilden – ohne seine Tatsächlichkeit zu verzerren. Insofern will ich nicht davon sprechen, dass wir um Transgenderismus ein Tamtam veranstalten. Stattdessen braucht es Wertschätzung für die Vielfalt ohne Tabus, jedoch gern mit Maß und Mitte.

Genugtuung kann nicht Ziel des
Rechtsstaates sein!

Zur Debatte über ein Urteil in den USA:

Zweiundzwanzig einhalb Jahre Haft für den Polizisten, der in den USA George Floyd durch ein minutenlanges Eindrücken seines Knies in den Hals des schwarzen Mitbürgers getötet hat. Schon allein das Urteil der Geschworenen, wonach der Beamte in allen Anklagepunkten schuldig sei, hat in Amerika für Überraschung gesorgt – ist es doch immerhin das erste Mal in der Geschichte, dass ein Vertreter der Polizei aufgrund seines gewaltsamen Einsatzes mit möglicherweise fremdenfeindlichem Hintergrund so deutlich von einem Gericht abgeurteilt wurde. Kürzlich nun die Verkündung des Strafmaßes, das für den Angeklagten bedeutet, wahrscheinlich bis zu einem Vierteljahrhundert im Gefängnis bleiben zu müssen. Was bei uns undenkbar scheint, ist auf der anderen Seite des Atlantiks durchaus möglich und völlig normal.

Unmittelbar nach Bekanntgabe dieser Entscheidung hatten sich besonders Angehörige von Floyd und Anhänger der Antirassismus-Bewegung kritisch geäußert und die 22,5 Jahre als „zu wenig“ bezeichnet. Damit könnten sie keine Zufriedenheit finden, war entsprechend zu hören. Ohne Zweifel: Es gibt keine „gerechte“ Strafe, um ein ausgelöschtes Leben zu sühnen. Allerdings müssen wir uns hier wie dort klarmachen: Es ist Anspruch der Justiz, Recht zu sprechen. Das bedeutet eben nicht, das individuelle Anliegen nach einer subjektiv empfundenen Gerechtigkeit zu stillen. Gerade als Hinterbliebene tragen wir Trauer in uns, die nicht zuletzt aufgrund unserer affektiven Beziehung in Rachsucht übergehen kann. Schlussendlich darf Hass aber nicht zur dauerhaften Entgegnung auf ein Verbrechen werden – mag es noch so schlimm gewesen sein. Schließlich muss das Aufwiegen des Verlusts mithilfe einer möglichst drakonischen Sanktionierung des Täters am Ende schief laufen – denn der Tod eines geliebten Nächsten kann nicht mit Gefängnisjahren ausgeglichen werden.

Nichts kann einen geliebten und von uns
gegangenen Verwandten zurückbringen –
diese traurige wie gleichsam rationale
Erkenntnis gilt gleichsam auch dann, wenn
für sein Sterben ein anderer Mensch
verantwortlich ist.

Es ist nicht die Aufgabe eines Rechtsstaates,
für Genugtuung zu sorgen. Andernfalls
müsste er sich nämlich von Gefühlen leiten
lassen – und das würde gerade nicht zum
sozialen Ausgleich beitragen, denn
Emotionen sind in der Urteilsfindung keine
guten Berater.

Viel eher würden Richter von
Voreingenommenheit geprägt sein – und das
passt nicht zu den verbundenen Augen der
unabhängigen und vorurteilsfreien „Justitia“.

Selbst die christliche Lehre erkennt, dass das
Gleichnis von „Auge um Auge“ nicht als
singuläre Botschaft verstanden werden soll.
Auch aus der Bibel wissen wir, dass
langfristig allein die Vergebung zur
Befriedung führen kann.

Natürlich kann ich verstehen, dass die aufgerüttelte Seele nach Ahndung und Wiedergutmachung schreit.

Doch die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann mit ihrem aufgeklärten Rechtssystem lediglich eine stellvertretende und symbolische Antwort auf ein Verbrechen geben.

Die zwischenmenschliche Reaktion auf eine Straftat muss mediativ im Austausch zwischen den Hinterbliebenen und dem Täter gefunden werden.

Das kann nicht immer gelingen – und setzt einerseits Reue des Verurteilten, andererseits die aus der Zeit der Heilung hervorgehende Gnade des Opferangehörigen voraus.

Das Ziel ist Versöhnung – nicht mit dem Geschehenen, sondern mit dem Schädigenden. So etwas verlangt viel ab – den Wunden benötigen Zeit zum Heilen.

Unter diesem Aspekt müssen wir die Frage in den Raum stellen dürfen:

Ist der Ruf nach höherer Bestrafung nicht allein ein Ausdruck der völlig nachvollziehbaren Hilflosigkeit von Trauernden, die kein Ventil und keinen anderen Ausweg für ihren Seelenschrei finden, als letztlich nach Revanche zu rufen – die zwar kurzzeitig die aufgewühlte Innerlichkeit befriedigen mag, am Schluss aber nur Verlierer zurücklässt?

Ist es mit unserem humanistischen Menschenbild denn überhaupt vereinbar, für eine verlorengegangene Existenz ein anderes Dasein ebenfalls zu zerstören?

Nein, solch ein verständliches Denken des Heimzahlens besänftigt nur vorübergehend – und es lässt eine Biografie zurück, in der die JVA ganze Lebensjahrzehnte brandmarkt.

Auch wenn es schwerfällt: Täter und Tat müssen voneinander getrennt werden, um den Pfad der Begütigung gehen zu können.

Das ist kein Plädoyer für Straflosigkeit, sondern lediglich ein provokativer Gedankenanstoß, ob unser Rechtswesen mit seiner eingeschränkten Wahlfreiheit in der Bestimmung des Zuchtmittels noch zeitgemäß und mit einer emanzipierten Ideologie der alternativen Vollzugsmethoden in Einklang zu bringen ist. Kann es psychologisch sinnvoll sein, eine über 20-jährige Vita in Isolation und mit Blick auf die Gefängnismauern dem Ringen eines lieben Verwandten mit der Bedrohung des Todes gleichzusetzen und es damit zu vergelten? Ja, es mag zunächst vernünftig klingen, das Leiden im Sterben und Weinen mit dem Leiden hinter Gittern zu saldieren. Letztlich resultiert daraus aber ein Mehr an Leid für alle, was nicht Ergebnis eines interpersonellen Begleichens von expressiven Bedürfnissen im beiderseitigen Bußprozess sein kann. Deshalb ermutige ich, mit ein wenig Abstand zum Geschehenen und trotz aller Verachtung und Abneigung für den Täter einen kurzen Moment seine Perspektive einzunehmen. Es ist wahrscheinlich, dass wir sie nicht verstehen.

Wir lernen jedoch, dass alle Biografien von Brüchen durchzogen sind. Das könnte die Route für das Annehmen dieser Erkenntnis abstecken und uns in der Entscheidung befördern, schlussendlich an der Weggabelung die Abzweigung der Verzeihung zu wählen.

Beim Namen nennen...

Zur Frage von polizeilicher Gewalt bei untersagten Demonstrationen:

Rechtfertigen richterliche Verbote von Demonstrationen den Einsatz polizeilicher Gewalt? – Diese Frage muss man sich angesichts der Bilder stellen, die über die Ausschreitungen bei den „Querdenker“-Protesten in Berlin über die Medien öffentlich zugänglich gemacht wurden. Ohne Zweifel: Ganz erhebliche Aggression ging von den Teilnehmern an den untersagten Kundgebungen selbst aus.

Sie ist zu verurteilen, denn Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte steht nicht grundlos unter Strafe. Dennoch will ich die Kontroverse auf tun: Wir sollten von einem Polizisten erwarten können, dass er sich ungeachtet jeder Antipathie nicht von seinem Gegenüber insoweit provozieren lässt, als dass es schlussendlich zum wilden Einprügeln auf den Protestierenden kommt. Doch ist es in Berlin genau so geschehen!

Und auch wenn Innenpolitiker das nicht gerne hören wollen: Ich benenne dies ausdrücklich als Polizeigewalt, weil die situative Reaktion des Beamten unverhältnismäßig gewesen ist.

Natürlich sind auch die Gesetzeshüter nur Menschen und kontern Angriffe mit einer emotional verständlichen Gegenattacke. Doch sollten sie es in ihrer Professionalität nicht doch vermögen, ihre Beherrschung zu behalten und mit den ihnen zulässigen Instrumenten zu agieren?

Ob der willkürlich und bisweilen wahllos wirkende Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken samt körperlicher Machtausübungen zu den angemessenen Mitteln der Wahl gehört, möchte ich in Zweifel ziehen. Verfolgt man die Videostrecken aufmerksam, so muss man doch manches Mal zumindest den Eindruck gewinnen, als nutzten einige Beamte die Gelegenheit der Randalen von „Querdenkern“ dazu aus, ihr eigenes Aggressionspotenzial abzubauen.

Von erfahrenen Polizisten verlange ich allerdings, dass sie auch in angespannten Ausgangslagen die Contenance bewahren. Dafür sind sie nun mal ausgebildet und alles andere wäre ein sich primitives Herablassen auf die Methoden der Querulanten. Nein, ich rechtfertige und verteidige es keinesfalls, dass sich Corona-Leugner und Impfgegner mit ihren Verschwörungstheorien über gerichtliche Anordnungen hinwegsetzen.

Überhaupt lehne ich deren Haltung als verantwortungslos und grotesk ab, auch wenn ich der Überzeugung bin, dass die Antwort auf solche fehlgeleiteten Meinungen in der Aufklärung und nicht in der Überwachung durch den Verfassungsschutz liegen sollte.

Und trotzdem steht es unserem Staat eben nicht gut zu Gesicht, wenn seine Beamten das Bild von um sich schlagender Enthemmtheit abgeben, denn sie repräsentieren zwar einen wehrhaften, aber grundsätzlich friedlichen Staat.

Das ganze Leben ist ein „Zoom“ ... *

* in Anlehnung an: „Das ganze Leben ist ein Quiz“,
Künstler: Hape Kerkeling, Album: „Erwarten Se nix“,
Text: Lorenzo Arbore / Angelo Colagrossi / Joachim
Reinhard Hagemann / Hans Peter Kerkeling / Claudio
Mattone; Jahr: 1991)

Zur Nutzung von Videokonferenzen während und nach der Corona-Pandemie:

Wissenschaftler beschreiben es bereits als
„Zoom-Fatigue“ – und meinen damit nichts
Anderes als die Erschöpfung aus der Vielzahl
von täglichen Videokonferenzen.

Seit Beginn der Corona-Pandemie haben wir
alle das scheinbar unkomplizierte
Kommunikationsmittel entdeckt, mit dem
nahezu jedes persönliche
Zusammenkommen unnötig wird.

Doch der Schein trügt: In einer Studie wurde
mittlerweile sogar bestätigt, dass die
Menschen durch „Zoom“ und Co. derart
ermüden, dass der Videochat sogar zu
seelischen Konsequenzen führt.

Das hat einerseits mit der erhöhten Konzentrationsbereitschaft zu tun, die gefordert ist, wenn man über lange Zeit auf einen Monitor mit kleinen Kacheln blickt.

Gleichsam wird uns damit eine hohe Aufmerksamkeit abgerungen, die unsere Energiespeicher deutlich schneller schrumpfen lässt, als würden wir uns real gegenüber sitzen.

Geboren, um zu „zoomen“? (*in Anlehnung an „Geboren um zu leben“, Künstler: Unheilig, Text: Der Graf / Henning Verlage, Album: Große Freiheit Live, Jahr: 2010*) – So mag man vielleicht angesichts der vielen Stunden fragen, die für Videokonferenzen draufgehen und uns eine Menge Lebenszeit stehlen.

Immer häufiger höre ich, dass „Zoom“ und seine Kollegen mittlerweile noch die einzige Alternative seien, um sich wenigstens bedingt austauschen zu können. Bei diesen Aussagen denke ich an die Zeit vor „Corona“, als Videochats noch seltener waren.

Während mich der Eindruck beschleicht, wonach man heute wegen jeder Kleinigkeit eine digitale Konferenz einberuft, waren die Hürden für das zwischenmenschliche Zusammenkommen vor der Pandemie noch deutlich höhergesteckt. Da überlegte man sich doppelt, ob sich die wenigen Gesprächspunkte lohnen, um von der Couch aufzustehen, in der Kälte zum Büro zu laufen und anschließend völlig übermüdet den Weg nach Hause anzutreten. Nachdem wir mittlerweile die Chance haben, vom eigenen Home-Office aus mit aller Welt zu kommunizieren, sind die Schranken deutlich gesunken, völlig kurzfristig eine Konferenz einzuberufen. Was sich noch vor ein oder zwei Jahren rasch per Mail erledigen ließ, bespricht man heute gerne in ausufernden Videochats, deren Effektivität nicht nur von Psychologen angezweifelt wird.

Ja, ich bin ob der zunehmenden Zahl an Videogesprächen nicht nur ermattet, sondern stehe nahezu vor einem BurnOut. Im Augenblick könnte ich locker an zehn „Zoom“-Konferenzen pro Tag teilnehmen.

Doch Sinn macht das auf keinen Fall. Denn blicke ich auf die Ergebnisse, dann wird deutlich: Die Sitzungen per Video dauern deutlich länger als der persönliche Austausch – und der Output ist im Vergleich deutlich bescheidener. In der Wirtschaft würde man attestieren, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht stimmt. Dauerhaft schädigt dieser Missstand unsere Gesundheit, denn wer vor lauter Konferenzen die Teilnahme am realen Leben verpasst (und sei es im Augenblick noch so eingeschränkt), der läuft Gefahr, irgendwann auszubrennen. Für Menschen wie mich, die unter Sozialphobie leiden, vermag die „Zoomerei“ zusätzliche Belastungen mit sich bringen: Erstaunlicherweise fällt mir die "Präsentation" meiner Person auf digitalem Wege schwerer, als wenn ich den Gesprächspartnern unmittelbar gegenüber sitzen würde. Das hat sicherlich auch mit der begrenzten Möglichkeit des Interagierens zu tun, denn wir wissen, dass Emotion, Empathie und Gefühlsreaktionen über die Kamera nur schwer zu übertragen sind.

Gleichsam fehlt es an Chancen, auf Gesagtes direkt eingehen und es im Zweifel persönlich zurechtrücken zu können. Spontanität fällt vor der Linse schwerer als im realen Angesicht. Letztlich hat meine Überforderung auch etwas mit der Angst vor der Technik zu tun – und dem Umstand, dass mich Videokonferenzen besonders deshalb anstrengen, weil ich befürchte, mit der modernen Entwicklung nicht mehr mithalten zu können. Schlussendlich deprimiert mich der Gedanke, als vergleichsweise junger Mensch abgehängt zu sein. Dabei weiß ich nicht einmal, ob ich mich für meine „Zoom“-Scheu schämen muss. Immerhin haben uns bereits die Sozialen Medien eine Unmenge an kostbarer Lebensqualität gekostet, nun kommen die Videokonferenzen hinzu. Letztlich hoffe ich, dass der Trend zum digitalen Austausch ein coronabedingtes Phänomen bleibt und wir danach entsprechend darauf verzichten können, für jede Belanglosigkeit die versammelte Mannschaft vor die Mattscheibe zu trommeln.

© 2021 Dennis Riehle